Terroranschlag auf das World Trade Center am 11. September 2001

Ein deutscher Krieg

Die Anschläge vom 11. September 2001 führten zum Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan. Deutschland wollte in dem Land am Hindukusch eine demokratische Gesellschaft schaffen. Zehn Jahre später steht fest: Das ist misslungen. Chronik eines Irrtums.

MARC-STEFFEN UNGER (R.); SETH MCALLISTER / AFP (L.)

Außenminister Fischer, Kanzler Schröder*: *„Uneingeschränkte Solidarität zugesichert“*

11. SEPTEMBER
2001 2011

Jeder kann sich ganz genau an diesen Dienstag im September erinnern, immer noch. Und jeder, ob Busfahrer oder Bundeskanzler, hat sein eigenes 9/11, eigene Geräusche, eigene Bilder.

Bei Gerhard Schröder klingt dieser Tag nach der tränenerstickten Stimme seiner Frau am Telefon. Bei Frank-Walter Steinmeier sind es ein Krachen und ein dumpfer Schlag auf dem Dach seines Privatwagens, als er in Schwäbisch Gmünd eine Parkhauseinfahrt ansteuerte, um besser telefonieren zu können. Bei Wolfgang Ischinger ist es die Hitze des brennenden Pentagon, die er auf der Haut zu spüren glaubte. Bei Otto Schily sind es die Anrufe bei seiner Tochter in New York, die im überlasteten Handy-Netz der Stadt stecken blieben. Und als Peter Struck auf Drängen seiner Mitarbeiter den Fernseher anstellte, wunderte er sich, nicht Rudolf Scharping beim Rücktritt zu sehen, sondern brennende Bürotürme.

Ohnmacht, Schock, Fassungslosigkeit, Angst. Die Bilder der brennenden und einstürzenden Bürotürme von New York, der Einschlag des zweiten Flugzeugs live übertragen in alle Welt, die Chiffre des Datums, die unwirklich wirkenden Bilder von fallenden Menschen – der 11. September 2001 hat sich eingebrannt in das kollektive Gedächtnis der Welt.

Es war ein Anschlag auf Gebäude und Menschen in den USA. Und es war zugleich der Beginn eines neuen Krieges. Am Morgen des nächsten Tages zeichnete sich dieser Krieg ab. Ein deutscher Kanzler riskierte sein Amt, eine Koalition stand vor dem Bruch wegen des ersten deutschen Kriegseinsatzes außerhalb Europas nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs.

Seit bald zehn Jahren, etwa so lange wie Erster und Zweiter Weltkrieg zusammen dauerten, befinden sich auch deutsche Soldaten in Afghanistan in einem Einsatz, dem der Sinn immer wieder abhandenkam und dem sich nun auch keiner mehr geben lässt.

Rund fünf Milliarden Euro hat die Militäroperation Deutschland bislang gekostet, 52 deutsche Soldaten kostete sie das Leben, viele mehr die Gesundheit, psychisch, physisch.

* Im Kanzleramt in Berlin am 11. September 2001.

Einem deutschen Oberst lastet ein Massaker unter afghanischen Zivilisten auf dem Gewissen. Osama Bin Laden, der Kriegsgrund, ist von US-Spezialeinheiten in einem Versteck in Pakistan, nicht Afghanistan, erschossen worden. Ursprünglich wollte man den Organisator des Grauens vom 11. September, den Terrorchef von al-Qaida, fangen. Jetzt geht es vor allem darum, nicht komplett das Gesicht zu verlieren. Der Satz von Peter Struck, Deutschlands Sicherheit werde am Hindukusch verteidigt, seinerzeit eine Notformel, klingt hohl und leer und verbogen nach diesen zehn Jahren.

War das alles schicksalhaft und unausweichlich? War der Einsatz „alternativlos“, wie die damalige Chefin der größten Oppositionspartei und heutige Kanzlerin Angela Merkel befand? Oder war Großmannssucht im Spiel, ein schlechtes Gewissen? Es stellt sich die Frage, ob dieser vermeintlich amerikanische Krieg nicht auch ein sehr deutscher Krieg ist, einer, der mit deutscher Gründlichkeit und in Verkennung eines entlegenen Landes auf die schiefe Bahn geriet.

Ein Team von SPIEGEL-Redakteuren hat mit allen maßgeblich Beteiligten gesprochen, beim damaligen Bundeskanzler angefangen, und bisher unveröffentlichte Akten eingesehen. Für den SPIEGEL hat die Bundesregierung abweichend von der üblichen Sperrfrist von 30 Jahren interne Dokumente vorzeitig freigegeben: Vermerke aus dem Kanzleramt, Dutzende von Depeschen aus dem Auswärtigen Amt, Teile des Brief- und Telegrammverkehrs mit George W. Bush. Sie zeigen, wie wenig die Amerikaner an einer deutschen Unterstützung interessiert waren.

Das belegt schon ein sogenannter Drahtbericht, den der deutsche EU-Botschafter nach einem Treffen der EU-Außenminister mit dem Außenbeauftragten Javier Solana aus Brüssel nach Berlin schickte, am Tag nach dem Anschlag: „Solana unterrichtete über ein Telefonat mit US AM Powell, in dem dieser der EU für Erklärungen und angebotene Hilfe gedankt habe; US benötigte keine konkrete Hilfe, wohl aber politische Solidarität.“ Das hatte der damalige Außenminister der USA, Colin Powell, offenkundig zu Solana gesagt.

Die uneingeschränkte Solidarität war eine deutsche Erfindung. Andere waren vorsichtiger. Am 21. September wurde ein EU-Sondergipfel anberaumt, in dessen Abschlussdokument dann die deutsche „uneingeschränkte Solidarität“ aufgenommen wurde. Gegenüber US-Botschafter Daniel Coats rühmte sich Schröder später, dass die Sondersitzung „wesentlich auf D-Initiative“ zurückgehe, wie es auf dem Sprechzettel zum Gespräch vom 1. Oktober heißt.

Es erweist sich abermals: In der Politik ist nichts unausweichlich. Die Deutschen sind nicht in einen Krieg hineingezogen worden, sie haben sich selbst hineinbegeben.

Es gab Antreiber auf deutscher Seite, politische und militärische. Die USA wollten die Hintermänner der Attentäter fassen, sie wollten Vergeltung, vielleicht auch einen weltweiten Feldzug gegen den Terror. Was sie aber nicht unbedingt wollten: deutsche Soldaten für Spezialeinsätze und Afghanistan besetzen, um daraus ein besseres Land zu machen. Das wollten die Deutschen.

MARCO-URBAN.DE

Berater Kujat, Steiner 2001: *„Unerfüllbare Erwartungen“*

Hinterher ist jeder klüger, und es wäre vermessen, die Entscheidungen von damals an den Erfahrungen von heute zu messen. Die standen den Handelnden nicht zu Gebote. Aber Tatsache ist: Es gibt Lehren, die zu ziehen sind, und ein kritisches Nachdenken, zehn Jahre danach. Auch das haben die Gespräche mit den Beteiligten offenbart.

Es gab Mahnungen, Mahnungen zur Vorsicht, und es sind auch Fehler gemacht worden in den Tagen und Wochen nach dem Anschlag, vom 11. September bis Ende Dezember 2001, als die ersten deutschen Soldaten nach Afghanistan aufbrachen. Man hat sich in einem Land, das man nicht kannte, zu einem Einsatz verpflichtet, dessen Versprechungen man nicht einlösen konnte, obwohl die Geschichte lehrte, dass auf diesem Boden schon andere Mächte gescheitert waren. Um die Beteiligung an einem kriegsähnlichen Einsatz, der „Operation Enduring Freedom“ (OEF) zu legitimieren, stürzte man sich mehr als andere Nationen in den Stabilisierungseinsatz Isaf (International Security Assistance Force), der sich für Deutschland als der eigentlich verhängnisvolle erwiesen hat. Und in eine demokratische Beglückung eines Landes, das sich nicht beglücken lässt.

Stationen eines Irrwegs. Oder: Wie Deutschland in einen unseligen Krieg zog.

11. September
Washington, Deutsche Botschaft, kurz vor 9 Uhr Ortszeit:
Harald Braun, Abteilungsleiter Politik in der deutschen Botschaft in Washington, weiß an diesem Morgen noch nicht, dass er heute Geschichte schreiben wird. Er will kurz seinen 49. Geburtstag feiern. In seinem Büro hat sich ein gutes Dutzend Mitarbeiter versammelt. Sie singen „Happy Birthday“. Plötzlich übertönt eine Stimme aus dem Gang den Geburtstagsgesang: „Schnell, CNN anstellen!“ Der Fernseher steht am Fenster, das den Blick freigibt Richtung Potomac. Auf dem Bildschirm erscheinen die Bilder vom Einschlag in den ersten Turm in New York, vor dem Fenster breitet sich kurz darauf ein Feuerball über dem Pentagon aus, dazu ein lauter Knall.

Das dritte Flugzeug ist vor den Augen der Festgemeinschaft auf das amerikanische Verteidigungsministerium gestürzt. Harald Braun übernimmt die Leitung des Krisenstabs, er setzt mit seinem Stellvertreter Christoph Eichhorn einen Text auf, den ersten Drahtbericht der Botschaft nach der Katastrophe. Braun und Eichhorn lassen die Gedanken fliegen.

Der Chef der beiden steht zur gleichen Zeit vor dem brennenden Pentagon. Botschafter Wolfgang Ischinger hat sich von seinem Fahrer dorthin bringen lassen, kommt bis auf fast 300 Meter heran, die Hitze des Feuers brennt in seinem Gesicht.

PAUL J. RICHARDS/EPA/AFP

US-Politiker Rumsfeld, Bush*: *„Die haben jetzt anderes zu tun, als alle möglichen Anrufe anzunehmen“*

Zurück in der Botschaft, schickt Ischinger den Drahtbericht „nr 1467“ nach Deutschland. „der größte terroranschlag in der us-geschichte bedeutet für us-politik und öffentlichkeit ein ‚zweites pearl harbor‘.“ Im vorletzten Satz des ersten Absatzes findet sich ein Begriffspaar, das Flügel bekommen wird: „ohne zweifel“, heißt es da, „werden die usa von uns und anderen engen alliierten politisch und praktisch uneingeschränkte solidarität erwarten.“ Braun und Eichhorn haben diese Formulierung erfunden.

Berlin, Kanzleramt, Büro von Gerhard Schröder, nach 15 Uhr:
Im siebten Stock des Kanzleramts treffen bei Bundeskanzler Gerhard Schröder nach und nach Außenminister Joschka Fischer, Innenminister Otto Schily und Verteidigungsminister Rudolf Scharping ein. Fischer entwirft Apokalypsen, spricht von Pearl Harbor. Kein „Mikromillimeter Distanz“ zu den USA dürfe erkennbar werden, sagt Regierungssprecher Uwe-Karsten Heye. Das ist auch Schröders Vorsatz: deutlich zu machen, dass Deutschland in Treue fest zu den USA steht.

Das Wort von der uneingeschränkten Solidarität fällt nicht. Es muss sich aber schon in Schröders Kopf festgesetzt haben, denn es findet sich in dem Beileidstelegramm, das der Kanzler kurz vor 17 Uhr an Bush abschickt. Von einem Anruf sieht er ab. „Die haben jetzt anderes zu tun, als alle möglichen Anrufe anzunehmen“, sagt er seinen Leuten.

In Brüssel speisen zur selben Zeit die Botschafter der Nato-Mitgliedstaaten mit Generalsekretär George Robertson, wie jeden Dienstag. Das Dessert ist serviert, da wird US-Vertreter Nicholas Burns herausgerufen. Burns kommt mit der schrecklichen Nachricht zurück. Gerüchte machen die Runde. Passagiermaschinen seien im Anflug auf Brüssel und würden auf Anfragen des Bodenpersonals nicht reagieren. Noch ein Anschlag? Generalsekretär Robertson, ein bulliger Schotte, überlegt, ob er die Nato-Zentrale evakuieren lassen soll. US-Vertreter Burns hat seine Leute bereits nach Hause geschickt. Gebhardt von Moltke, Berlins Nato-Botschafter, bietet an, in die Bundesrepublik auszuweichen. Dort gebe es nicht weit von der belgischen Grenze eine ungenutzte Bunkeranlage.

Nicholas Burns steht mit seinem kanadischen Kollegen David Wright im Vorzimmer von Robertson. Der studierte Historiker Burns sinniert, ob der 11. September als verlustreichster Tag seit dem amerikanischen Bürgerkrieg in die US-

* Vor dem zerstörten Flügel des Pentagon am 12. September 2001.

Geschichte eingehen wird. Da unterbricht ihn der Kanadier. „Zum Teufel, dies ist ein Bündnis!“, ruft Wright, „wir haben ja Artikel 5.“

Artikel 5 des Nordatlantikvertrags ist das Rückgrat der Nato: Alle betrachten sich als angegriffen, wenn einer angegriffen wird. Ursprünglich sollte die Bestimmung die mächtigen USA verpflichten, den schwächlichen Europäern gegen die Sowjetunion beizustehen. Nun sollen also die Europäer der Supermacht helfen? Die umstehenden Nato-Bürokraten sind begeistert. Schließlich fragen sich viele, wozu die Nato noch gut ist. Jetzt hat sie eine Aufgabe.

Den Amerikanern selbst wäre das gar nicht in den Sinn gekommen, sagt US-Vizepräsident Richard Cheney später. Das berichtet jedenfalls die deutsche Botschaft Washington in einem Drahtbericht vom 28. September: „Interessante Bemerkung VP Cheneys, US hätten von sich aus nicht an Befassung des Nato-Rats gedacht.“

Deutsches Fernsehen, zwischen 19 Uhr und 19.30 Uhr:
In „RTL Aktuell“, bei „heute“ im ZDF und in einer Sondersendung der „Tagesthemen“ sagt Schröder: „Ich habe dem amerikanischen Präsidenten die uneingeschränkte Solidarität Deutschlands zugesichert.“ Andere sind vorsichtiger. Die österreichische Außenministerin Benita Ferrero-Waldner belässt es bei „uneingeschränktem Mitgefühl“.

Helsinki, Schwedisches Theater, 20 Uhr:
Johannes Rau hat in seiner Suite im Hotel eine Rede vorbereitet. Eigentlich sollte im Schwedischen Theater ein deutsch-finnisches Konzert gegeben werden. Der Bundespräsident sagt, es gehe darum, „dem Hass zu widerstehen und der Nächstenliebe Raum zu schaffen. Wer nicht hasst, sagt auch nein zur Gewalt“. Eine eindeutige Mahnung, dem Gefühl der Vergeltung nicht blindlings nachzugeben. Rau verlässt das Theater vorzeitig und fliegt nach Berlin zurück.

**12. September
Berlin-Mitte:**
Dem Chef des Bundesnachrichtendienstes (BND), August Hanning, wird bei einer Videokonferenz ein sensationeller Fund präsentiert. Seine Leute haben über Nacht zwei Telefonate aufbereitet, die die Funkaufklärung des Dienstes in den Stunden nach dem Anschlag abgefangen hat. Darin unterhalten sich Mitarbeiter der radikalen saudi-arabischen Wohlfahrtsorganisation Wafa in Kandahar mit ihren Brüdern in Kuwait.

Afghanische Anti-Taliban-Kämpfer*: *„Militärschläge sind nie zivil“*

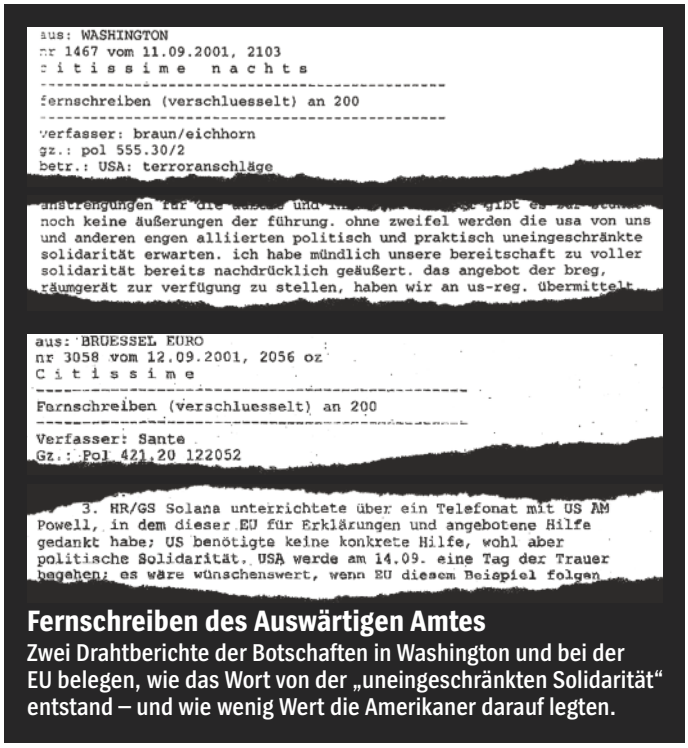
Was sie erzählen, kommt einem Geständnis gleich: Scheich Osama habe die USA wirklich hart getroffen. 20 Brüder hätten an der Operation teilgenommen, in vier Teams à fünf Leuten, jeweils ein Pilot und vier Kämpfer. Die Männer hätten vorher eine Flugausbildung in den USA absolviert und gewusst, wie sie die Maschinen steuern müssten.

Hanning bittet um eine abhörsichere Leitung, er möchte Steinmeier einweihen. Der Kanzleramtschef war bis zum Vortag im Urlaub. Als ihn die Nachricht vom Terroranschlag im Auto erreicht hatte, war er in ein Parkhaus gefahren, um in Ruhe zu telefonieren. Erst als er einen dumpfen Schlag hörte, dachte er an die Räder auf dem Autodach. Am nächsten Morgen flog er mit dem Hubschrauber nach Berlin. Als er mit Hanning telefoniert, will er zunächst nicht glauben, was dieser eine „nachrichtendienstliche Perle“, nennt.

Doch dann gibt Steinmeier die erste Pressekonferenz seines Lebens. In den USA werden Präsident Bush Zusammenfassungen der Telefonmitschnitte vorgetragen.

Dem Stolz folgt rasch die Schmach. Ein Fax aus Washington geht bei der amerikanischen Botschaft in Berlin ein, die es an das Bundeskriminalamt weiterleitet, von dort wird auch die Hamburger Polizei informiert.

Das Fax besteht aus sechs Seiten und führt die Namen der Flugzeugentführer auf, darunter auch Mohammed Atta und Marwan al-Shehhi. Es sei „wichtig festzuhalten, dass bei Marwan als Herkunftsland Deutschland aufgelistet wird


aus: WASHINGTON
nr 1467 vom 11.09.2001, 2103
citissime nachts
fernschreiben (verschluesselt) an 200
verfasser: braun/eichhorn
gz.: pol 555.30/2
betr.: USA: terroranschläge
noch keine äußerungen der führung. ohne zweifel werden die usa von uns und anderen engen alliierten politisch und praktisch uneingeschränkte solidarität erwarten. ich habe mündlich unsere bereitschaft zu voller solidarität bereits nachdrücklich geäußert. das angebot der breg, räumgerät zur verfügung zu stellen, haben wir an us-reg. übermittelt
aus: BRUESSEL EURO
nr 3058 vom 12.09.2001, 2056 oz
Citissime
Fernschreiben (verschluesselt) an 200
Verfasser: Sante
Gz.: Pol 421.20 122052
3. HR/GS Solana unterrichtete über ein Telefonat mit US AM Powell, in dem dieser EU für Erklärungen und angebotene Hilfe gedankt habe; US benötigte keine konkrete Hilfe, wohl aber politische Solidarität. USA werde am 14.09. eine Tag der Trauer begehen; es wäre wünschenswert, wenn EU diesem Beispiel folgen

Fernschreiben des Auswärtigen Amtes
Zwei Drahtberichte der Botschaften in Washington und bei der EU belegen, wie das Wort von der „uneingeschränkten Solidarität“ entstand – und wie wenig Wert die Amerikaner darauf legten.

* Bei der Beobachtung eines US-Bombardements im Dezember 2001.

ERIK DE CASTRO / REUTERS

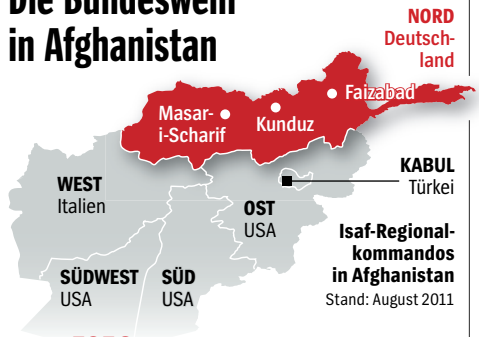
und Atta früher in Deutschland gelebt hat“, schreibt das FBI. Ein Mobiles Einsatzkommando der Hamburger Polizei stößt bald auf die Marienstraße 54. Die Dreizimmerwohnung im ersten Obergeschoss wird wenig später als Terror-WG weltberühmt. Die Bundesregierung sieht sich jetzt mit Vorwürfen konfrontiert, die deutschen Sicherheitskräfte hätten versagt. „Keiner dieser Vorwürfe hatte wirklich Substanz“, erinnert sich Schröder, „dennoch standen wir unter Druck.“

Brüssel, Nato-Hauptquartier, 7.30 Uhr:
Nato-Generalsekretär Robertson liegt ein Resolutionsentwurf seiner Mitarbeiter vor. Sie wollen erstmals in der Geschichte der Nato den Bündnisfall ausrufen. Bush ist nicht begeistert, schließlich erinnern sich die Amerikaner mit Grausen an den Kosovo-Krieg 1999, als die Verbündeten verlangten, bei den Luftangriffen auf Serbien mitzureden. „War by Committee“ – Kriegführung durch Ausschüsse – nennen die Amerikaner das verächtlich. Washingtons Vertreter erklären, dass sie zwar geehrt seien und die Unterstützung begrüßten, sich eine Einmischung aber verbitten würden.

In Berlin bekommt Hansjörg Geiger, Staatssekretär im Justizministerium, kurz vor 18 Uhr einen Anruf vom Kanzler. Ob er mal schnell rüberkommen könne, um die Frage des Bündnisfalls rechtlich einzuschätzen: „Ich will eine Bewertung“, sagt Schröder. Geiger findet gerade noch jemanden, der ihm den Wortlaut des Nato-Vertrags in die Hand drücken kann. Er liest ihn auf dem Weg ins Kanzleramt. Im Kabinettssaal ist der Bundessicherheitsrat versammelt, alle vertiefen sich in den Text. „Das kann man als Bündnisfall sehen“, sagt Geiger, es ist die Auskunft, die Schröder hören will. Keiner widerspricht.

Moltke, Berlins Vertreter bei der Nato, erhält zwar aus dem Auswärtigen Amt die Weisung, sich nicht festzulegen. Aber er weiß, dass Schröder die Zustimmung befürwortet. Robertson kann auf die Deutschen zählen. Die Nato erklärt den Bündnisfall für eingetreten, sollte sich erweisen, „dass dieser Anschlag aus dem Ausland gegen die Vereinigten Staaten gerichtet wurde“.

Die Bundeswehr in Afghanistan



bis zu 5350 Soldaten im Rahmen der internationalen Schutztruppe Isaf; das Bundestagsmandat gilt bis zum 31. Januar 2012

Januar 2002 Beginn des Einsatzes

seit Mitte 2006 Kommando in der Nordregion

April 2007 bis November 2010 Beteiligung an der Luftaufklärung über ganz Afghanistan („Tornados“)

Juli 2008 bis Oktober 2010 Deutschland stellt die schnelle Eingreiftruppe in der Nordregion

seit März 2011 Beteiligung an Awacs-Aufklärungsflügen über Afghanistan

DER SPIEGEL

Islamabad, Deutsche Botschaft:
Die Botschaft in Kabul ist zwar geschlossen, aber ein deutscher Diplomat befindet sich vor Ort. Er berichtet via Botschaft in Pakistan per Fernschreiben an Berlin: Die Stimmung in Kabul sei „ruhig“: Die Bevölkerung sei „wenn ueberhaupt nur marginal im bild“. Der Terroranschlag in den USA werde den Menschen von den Taliban als „inneramerikanische Angelegenheit“ dargestellt.

14. September, Berlin, 17 Uhr:
200 000 Menschen sind auf den Pariser Platz gekommen, um eine Rede von Bundespräsident Rau zu hören. Schröder und Fischer stehen neben ihm. Am Tag zuvor saß Rau mit seinen vier engsten Mitarbeitern im Repräsentationsbüro im Schloss Bellevue und ging den Redenentwurf für seinen großen Auftritt durch. „Ich will da noch was drin haben“, sagte Rau.
Er suchte das Gegengift gegen die uneingeschränkte Solidarität, einen Begriff, „der Rau nie über die Lippen gekommen wäre“, wie es einer der Beteiligten formuliert.

Auf dem Platz sagt Rau, die Attentäter seien „Mörder, nichts sonst“ – eine bewusste Abkehr von der Kriegslogik: „Hass darf uns nicht zum Hass verführen. Hass blendet.“ Raus Botschaft: keine Waffen, keine Gewalt.

Schröder verlässt die Bühne. SPD-Fraktionschef Struck fragt ihn: „Was war das denn?“ Eine rhetorische Frage. Das ist ein offener Konflikt zwischen Kanzler und Präsident, und er geht weiter. Rau sagt zwei Tage später im Deutschlandfunk, man dürfe sich nicht „in den Krieg hineinreden“. Schröder reagiert abends im ZDF: „Die Richtlinien werden vom Bundeskanzler bestimmt. Und der hat von uneingeschränkter Solidarität gesprochen, und das heißt auch: militärischen Beistand.“

Im Kanzleramt bringt Hanning Steinmeier auf den neuesten Stand. Die beiden fürchten noch immer, dass al-Qaida weitere Anschläge in Europa plant. „Welche Terroranschläge sind überhaupt möglich auf einer nach oben offenen Richterskala?“, diese Frage diskutieren Hanning und Steinmeier.

Selbst wenn es keine konkreten Hinweise gibt: Deutschland fühlt sich ebenfalls verwundbar, und dieses Gefühl trägt dazu bei, dass gesunde Reflexe des politischen Apparats in diesen Tagen außer Kraft gesetzt sind.

15. September
Hannover:
Michael Steiner, der Sicherheitsberater des Kanzlers, fährt am Wochenende zu Schröder nach Hause. Die beiden kennen sich gut, duzen sich, zwei vom gleichen sanguinischen Temperament. Kein Staat dürfe bedingungslos zu allem ja sagen, findet Steiner. Sonst überschreite Schröder die Grenzen dessen, was er aus nationalem Interesse tun dürfe. Das Gespräch endet in einem Wutausbruch Schröders.

19. September
Berlin, Reichstag, 9 Uhr:
Gerhard Schröder gibt seine zweite Regierungserklärung über den Umgang mit dem Terroranschlag. „Zu Risiken", sagt er, „auch im Militärischen, ist Deutschland bereit, aber nicht zu Abenteuern." Er hat diesen Satz zwei Abende zuvor von Hand in sein Redemanuskript eingefügt, nachdem er im Kanzleramt mit Hans-Dietrich Genscher, Richard von Weizsäcker und Helmut Schmidt diskutiert hatte. Es ist die erste Relativierung der uneingeschränkten Solidarität.

Nach seiner Rede nimmt Schröder Harald Kujat zur Seite. Kujat ist Generalinspekteur der Bundeswehr, Deutschlands oberster Soldat. Was Deutschland konkret anbieten könne, will der Kanzler wissen. Kujat zählt auf: Aufklärungs-„Tornados", Drohnen, ABC-Abwehr und das Kommando Spezialkräfte, eine Eliteeinheit, der Stolz der Bundeswehr.

Kujat ist Schröders erster Ansprechpartner in Militärfragen. Ein Mann von hoher Intelligenz, politischem Instinkt und brennendem Ehrgeiz. Kujat will Vorsitzender des Nato-Militärausschusses werden, die höchste Position, die ein Soldat in der Nato erreichen kann. Er möchte zeigen, was er kann und was die Bundeswehr kann.

26. September
Berlin, ehemalige Kanzlerdienstvilla, Pücklerstraße 14, 23 Uhr:
Schröder sitzt mit seinen Ministern Fischer und Scharping, seinem Sicherheitsberater Steiner und Generalinspekteur Kujat in seiner alten Residenz. Eine Art Tabakskollegium. Es gibt viel Wein und reichlich Zigarren. Es geht um Bodentruppen für Afghanistan. Kujat kommt manchem an diesem Abend sehr ambitioniert vor. Er redet von zwei Brigaden, die Deutschland stellen könne. Zwei Brigaden sind bis zu 4200 Mann. Als Kujat die Runde verlässt, sagt Scharping zu Schröder, wenn das ernst gemeint gewesen sein sollte mit den zwei Brigaden, dann müsse er, Scharping, ihm, Schröder, noch in dieser Nacht einen Brief schreiben. Es ist eine Rücktrittsdrohung, die Schröder nicht als Drohung begreift. Scharping sieht einen Kriegseinsatz der Bundeswehr skeptisch, aber den Brief schreibt er nicht.

30. September
Washington, Weißes Haus:
Planungstreffen der US-Regierung. „Die Aussies, die Franzosen, die Kanadier und die Deutschen wollen helfen", sagt Condoleezza Rice, Bushs Sicherheitsberaterin. „Sie wollen alles machen, was sie tun können." Verteidigungsminister Donald Rumsfeld bleibt reserviert: „Wir wollen sie beteiligen – wenn es geht." Und wenn es nicht stört. Er will sich keine Rollen für die ausländischen Streitkräfte ausdenken, nur um sie zu beteiligen.

Der designierte Generalstabschef Richard Myers schlägt sich auf die Seite von Rice: „Wir werden ein Papier verfassen, aus dem hervorgeht, um was wir sie bitten wollen. Wir wissen, dass das eine politische Angelegenheit ist."

THOMAS GRABKA / ACTION PRESS

Bundespräsident Rau (r.)*
„Hass blendet"

Wenige Tage später besucht Schröders Sicherheitsberater Steiner mit zwei Kollegen aus dem Kanzleramt die US-Regierung in Washington. Es geht um das deutsche Angebot für den Einsatz in Afghanistan. Vor dem Abflug fragte Steiner Schröder und Fischer, was er anbieten könne. Alles, lautete die Antwort. Die deutschen Beamten bleiben drei Tage lang. Nach dem Gespräch mit seiner Kollegin Rice hat Steiner den Eindruck: Die wollen gar nicht. Deutschland – unwichtig. Stattdessen reden die Amerikaner über den möglichen Einsatz von taktischen Nuklearwaffen in Afghanistan. Die uneingeschränkte Solidarität, das dämmert Steiner, sie ist willkommen, aber operativ unerheblich.

Die Diplomaten im Auswärtigen Amt haben auch nicht den Eindruck, dass die deutsche Solidarität mit amerikanischer Kooperationsbereitschaft vergolten wird. In einem Vermerk vom 2. Oktober über eine „Hausbesprechung" von Nato-, EU- und Uno-Experten heißt es: „Möglichkeit einer Hinwendung der USA zu Multilateralismus allgemein skeptisch beurteilt." Deutschland müsse sich in Fragen internationaler Zusammenarbeit „weiter auf Gegenwind aus Washington einstellen".

4. Oktober
Berlin, Kanzleramt:
Schröder unterrichtet die Partei- und Fraktionsvorsitzenden der Bundestagsparteien über den Stand der Dinge. Auf dem Sprechzettel des Kanzlers ist vermerkt: „US-Regierung hat uns gegenüber deutlich gemacht, dass sie sich bewusst ist, welche Möglichkeiten D zu militärischer Hilfeleistung hat. Will uns nicht überfordern. Für USA steht politische Tatsache der Unterstützung durch Nato im Vordergrund." Das ist die Absolution: Deutschland ist raus, Deutschland muss gar nichts.

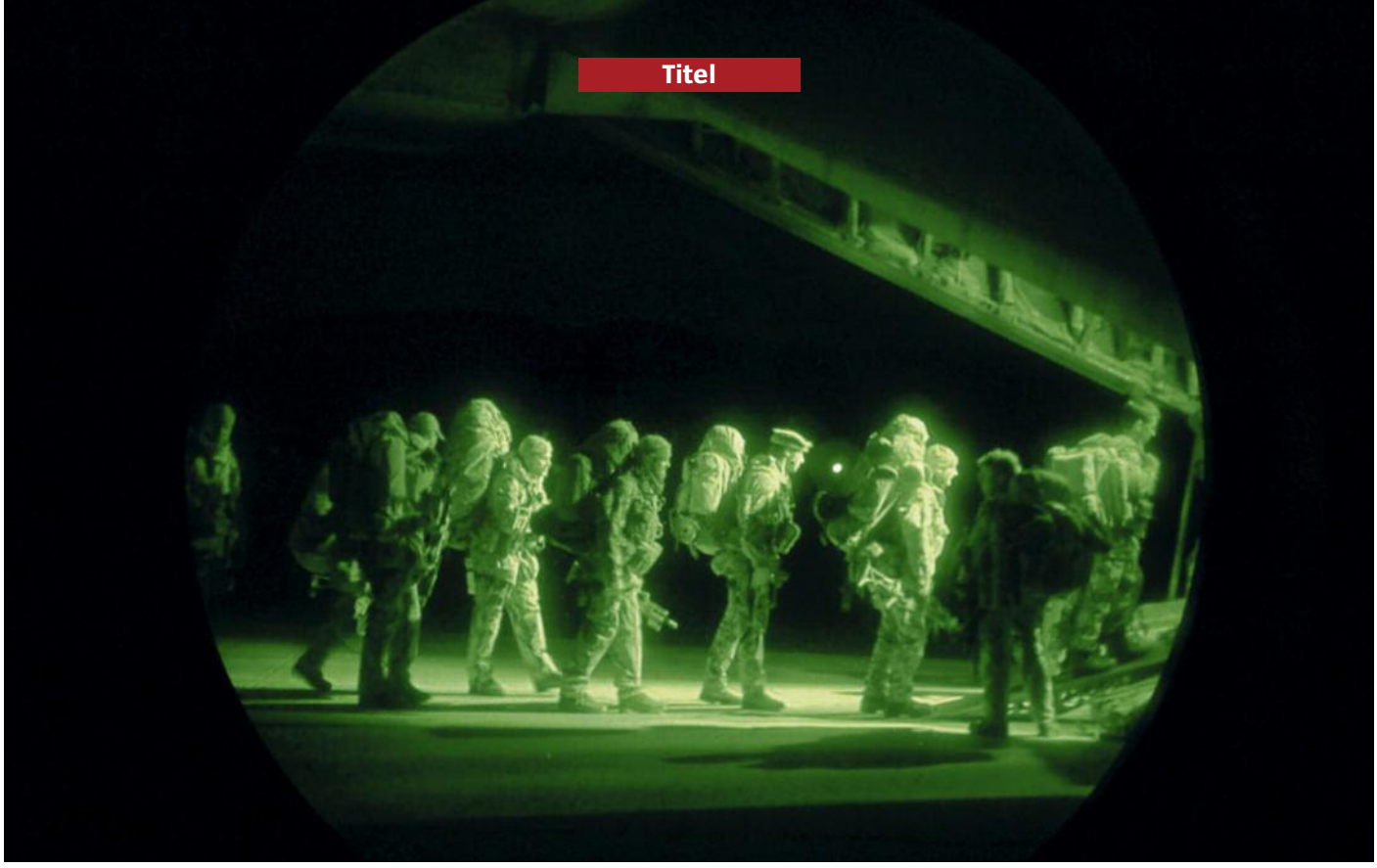
7. Oktober
Berlin, Kanzleramt, 18 Uhr:
Bush ruft bei Schröder an und sagt, dass der Feldzug in Afghanistan gleich beginne. Schröder ist bereits vorgewarnt. Zwar haben die Amerikaner die Deutschen nicht in ihre Vorbereitungen eingeweiht, aber der BND hat sich die Informationen über Umwege beschafft, aus abgehörten Gesprächen, von der Nordallianz und anderen eigenen Quellen.

Kurz darauf fallen die ersten Bomben auf Afghanistan.

9. Oktober
Washington, Weißes Haus:
Zwei Tage nach Beginn des Bombardements bekommt Schröder einen Termin bei Bush. Im Oval Office sitzen der Kanzler und der Präsident 40 Minuten lang zusammen. Schröder fragt, wie die Militäroperation laufe. Bush spannt seinen Körper, hebt den Arm in die Luft und senkt ihn langsam, während er mit ausgestrecktem Zeigefinger nach vorn weist: „I have a mission!" Hinterher sagt Bush über Schröder: „Es gibt in dieser Koalition keinen standfesteren Freund, ich bin stolz, ihn hier zu haben!"

15. Oktober
Berlin, Verteidigungsministerium, 15 Uhr:
Im Büro des Generalinspekteurs Kujat trifft ein Fax seines amerikanischen Counterparts Myers ein. „REQUEST" steht in Versalien darauf. Es ist die Bestellung, die die beiden Generäle vorher

* Bei Solidaritätskundgebung vor dem Brandenburger Tor am 14. September 2001.



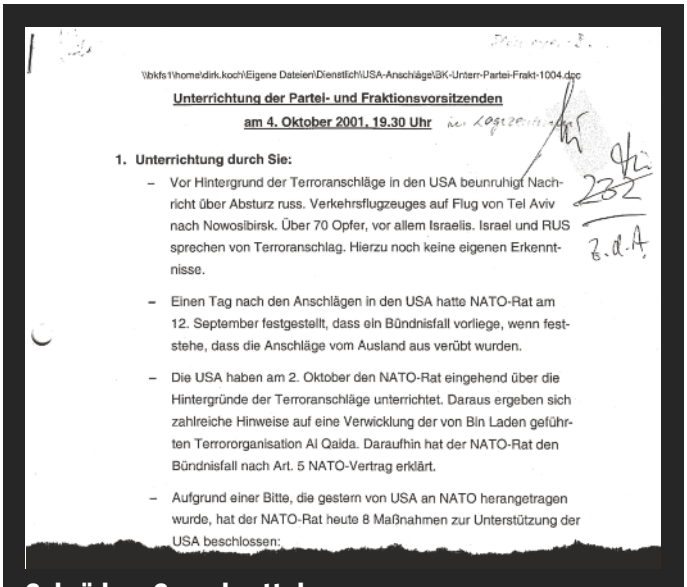
KSK-Soldaten in Afghanistan: *„Großzügiges Angebot Deutschlands“*

diskret abgestimmt hatten. Sie enthält noch keine Bitte um Spezialkräfte. Schröder sagt bei einem Betriebsbesuch in Darmstadt, „schon in Kürze“ werde man militärisch mehr leisten müssen als bisher. Bisher: Das sind 299 deutsche Wachsoldaten vor zehn amerikanischen Liegenschaften auf deutschem Boden. Dazu kommen 177 Feldjäger, die in Wohngegenden der Amerikaner patrouillieren. Wenige Tage später beginnen die USA in Afghanistan die Bodenoffensive.

In Deutschland ist die Stimmung inzwischen gekippt. Die Bombardements haben nach Angaben der afghanischen Nachrichtenagentur AIP bereits einige hundert zivile Tote gefordert. Günter Grass hat erklärt: „Militärschläge sind nie zivil.“ Die Grünen fordern einen Bombenstopp, in der SPD regt sich Widerstand. Ottmar Schreiner, der Parteilinke, beschreibt ein „wachsendes Unbehagen“ in der Fraktion. In Berlin und Stuttgart gehen Zehntausende Menschen gegen den Einsatz auf die Straße. Es ist die Gegenveranstaltung zur Solidaritätskundgebung vom 14. September.

Mitte Oktober, Washington:
Harald Braun, einer der Urheber der uneingeschränkten Solidarität, besucht Mitte Oktober in Washington den neuen Afghanistan-Berater von Bush in dessen Büro. Zalmay Khalilzad ist gerade erst eingezogen, das Gespräch findet inmitten von Umzugskisten statt. Braun fragt Khalilzad nach dem „Post-Taliban“-Konzept der US-Regierung. Es gebe noch keins, sagt Khalilzad. „Wenn ihr Ideen habt – her damit!“

Frieden stiften, das ist eine willkommene Aufgabe für die Deutschen. Braun ruft sofort daheim im Auswärtigen Amt an. Dort setzen die Beamten sich zum Brainstorming zusammen und entwickeln Ideen. Eine Woche später trägt eine AA-Delegation bei Khalilzad vor. Sie regt eine Afghanistan-Konferenz mit allen Beteiligten an; diese wird später in Deutschland stattfinden. „Das war die Geburtsstunde der Konferenz von Petersberg“, erinnert sich ein Diplomat.



\\bkfs1\home\dirk.koch\Eigene Dateien\Dienstlich\USA-Anschläge\BK-Unterr-Partei-Frakt-1004.doc

Unterrichtung der Partei- und Fraktionsvorsitzenden
am 4. Oktober 2001, 19.30 Uhr

1. **Unterrichtung durch Sie:**
   - Vor Hintergrund der Terroranschläge in den USA beunruhigt Nachricht über Absturz russ. Verkehrsflugzeuges auf Flug von Tel Aviv nach Nowosibirsk. Über 70 Opfer, vor allem Israelis. Israel und RUS sprechen von Terroranschlag. Hierzu noch keine eigenen Erkenntnisse.
   - Einen Tag nach den Anschlägen in den USA hatte NATO-Rat am 12. September festgestellt, dass ein Bündnisfall vorliege, wenn feststehe, dass die Anschläge vom Ausland aus verübt wurden.
   - Die USA haben am 2. Oktober den NATO-Rat eingehend über die Hintergründe der Terroranschläge unterrichtet. Daraus ergeben sich zahlreiche Hinweise auf eine Verwicklung der von Bin Laden geführten Terrororganisation Al Qaida. Daraufhin hat der NATO-Rat den Bündnisfall nach Art. 5 NATO-Vertrag erklärt.
   - Aufgrund einer Bitte, die gestern von USA an NATO herangetragen wurde, hat der NATO-Rat heute 8 Maßnahmen zur Unterstützung der USA beschlossen:

Schröders Sprechzettel
Aus den Unterlagen des Kanzleramts geht hervor, dass die USA keinen besonderen Wert auf militärische Beiträge Deutschlands legten. Für die USA stehe die „politische Tatsache der Unterstützung durch Nato im Vordergrund“.

25. Oktober
Maskat, Sultanat von Oman:
Michael Steiner ist auf geheimer Mission in der Hauptstadt des Sultanats Oman. Es geht darum, den Boden zu bereiten für die 100 deutschen Soldaten des Kommandos Spezialkräfte KSK, die sich am Golf auf ihren Einsatz vorbereiten sollen.

5. November
Berlin, Kanzleramt:
Bei Steiner trifft ein Brief des amerikanischen Gesandten Terry Snell ein, in dem die USA auf das „großzügige Angebot Deutschlands, Streitkräfte zur Verfügung zu stellen“, eingehen. Im Unterschied zur militärischen Fax-Anfrage von Myers an Kujat ist diesmal „eine Einheit von Spezialkräften“ mit aufgeführt.

6. November
Berlin, Kanzleramt, 9 Uhr:
Der Bundessicherheitsrat kommt zusammen, danach geht Schröder vor die Presse. Bis zu 3900

MICHAEL KAPPELER / DAPD

Deutsche Feldjäger in Masar-i-Scharif: *Der Aufbau des Landes war vor allem eine deutsche Mission*

Soldaten würden bereitgestellt, um die USA ihren Anforderungen entsprechend zu unterstützen. Darunter sind 100 Soldaten vom KSK. Das ist die einzige Komponente für Afghanistan. Die anderen Soldaten sollen die Seewege am Horn von Afrika bewachen und für den Fall eines ABC-Kriegs in Kuwait bereitstehen.

„Wir fragten nicht nach bestimmten spezifischen Dingen", sagt Donald Rumsfeld auf eine missverständliche Frage nach 3900 deutschen „Special Forces". Steiner sieht die Agenturmeldungen und alarmiert Schröder. „Sieh zu, dass die das richtigstellen", knurrt Schröder. Bliebe Rumsfelds Aussage so stehen, fiele die Legende von der dringenden Anfrage der Amerikaner nach dem KSK in sich zusammen.

Im Bundestag wächst die Kritik am deutschen Beitrag. In einer Fraktionssitzung der Grünen kommt es zum Eklat. Antje Vollmer greift Schröder und damit indirekt auch Fischer frontal an. Die Bundestagsvizepräsidentin spricht sich dagegen aus, nur mit Gewalt auf Terrorismus zu reagieren. Das würden die Grünen seit den Zeiten der RAF sagen. Sie verlangt, die Skepsis ihrer Partei müsse sich in Nein-Stimmen niederschlagen. Fischer packt seine Aktentasche und stürzt aus dem Saal: „Wenn ihr da nicht mitmacht, könnt ihr euren Kram alleine machen."

Peter Struck vermeldet dem Kanzler ebenfalls wachsenden Widerstand in der SPD-Bundestagsfraktion. Die Abstimmung über das OEF-Mandat ist für den 16. November angesetzt, die eigene Mehrheit in Gefahr. Parteitage von SPD und Grünen stehen vor der Tür.

Das Bundeskabinett beschließt anderntags die 3900 Soldaten als deutschen Beitrag für die „Operation Enduring Freedom". Scharping, der Vorsichtige, sagt: „Es steht kein Flächeneinsatz am Boden an." Schily will wissen, was es mit Rumsfelds Bemerkung auf sich hat. Fischer liest eine von den Deutschen erbetene Erklärung Rumsfelds vor. Rumsfeld beruft sich darauf, eine unklare Frage gestellt bekommen zu haben.

9. November
Washington, Deutsche Botschaft:
Die Vorschläge des AA zu einer Neuordnung Afghanistans nach dem Krieg erhalten Rückenwind. In einem Bericht an Berlin meldet die Botschaft: „Ihre ursprüngliche Zurückhaltung mit Blick auf die politische Zukunftsgestaltung AFGs haben die USA erfreulicherweise aufgegeben." Das täten die Amerikaner vor allem, um den stockenden Krieg noch vor dem Winter zu gewinnen. „Die Präsentation einer politischen Zukunftsperspektive" könnte nach US-Sicht dazu beitragen, „innerafghanische Absetzbewegungen von den Taliban in Gang zu bringen".

14. November
Berlin, Kanzleramt, Kabinettsaal, 9 Uhr:
Im Kabinett wird schon über den nächsten Einsatz, Isaf, gesprochen, obwohl der erste, OEF, noch gar nicht vom Bundestag beschlossen ist. Schröder sagt zu Entwicklungsministerin Heidemarie Wieczorek-Zeul und Joschka Fischer, sie sollten vor der Presse klarmachen, wie es um die Lage der Menschen in Afghanistan stehe. Schily warnt: Man solle nicht so tun, als seien die bewaffneten Auseinandersetzungen schon vorbei.

Jetzt mischt sich Sachpolitik mit Parteipolitik. Die Regierungsspitze registriert: Ein Überbau muss her, eine Erzählung. Sie handelt von einem geschundenen Land am Hindukusch, dem geholfen werden muss, einem Land, in dem Frauen unterdrückt werden und Demokratie nicht stattfindet. Es ist eine sehr deutsche Erzählung, aus der ein sehr deutsches Projekt wird. „Wir sind bereit, zum Wiederaufbau des Landes nach mehr als zwei Jahrzehnten Krieg und Zerstörung beizutragen, zu einem neuen Afghanistan", lautet Fischers Maxime.

Was sich so gut und helfend anhört, ist die Selbstüberforderung. Zuerst redet die Regierung sich in einen Krieg hinein, dann beginnt sie, sich in eine unmögliche Mission von Wiederaufbau und Friedenssicherung hineinzureden.

Um die Entsendung von 100 Kommandosoldaten zu rechtfertigen, werden bald 1200 deutsche Isaf-Friedenssoldaten hinterhergeschickt. Das Versprechen des „neuen Afghanistan" nötigt Berlin später dazu, immer mehr Soldaten zu schicken und in blutige Kämpfe zu verwickeln. Die 100 Spezialkräfte dagegen kommen kaum zum Einsatz.

Die Regierung arbeitet in dieser entscheidenden Phase mit Versprechungen und mit eisernem Druck. Es geht auch um den Nachweis, handlungsfähig zu sein. Der „starke Kanzler" sei ziemlich schwach, schreiben die Zeitungen. Die

Gefahr in den Bergen

Wie der Bundesnachrichtendienst dem heutigen afghanischen Präsidenten Hamid Karzai Ende 2001 das Leben rettete

Die Mission, die Hamid Karzai im Herbst 2001 nach Afghanistan führte, war lebensgefährlich. Karzai, einer der Hoffnungsträger des Westens, hatte sein Exil im pakistanischen Quetta verlassen und war auf dem Weg in die Provinz Oruzgan. Dort wollte er mit Stammesältesten zusammentreffen, die bis dahin die Taliban unterstützt hatten. Die Clanchefs sollten zu Karzai überlaufen und damit den Fall des Regimes beschleunigen. Das Treffen war für den 4. November 2001 angesetzt.

Doch in den unwegsamen Bergen in Zentralafghanistan erwarteten Karzai nicht die erhofften Überläufer, sondern schwerbewaffnete Einheiten der Taliban, die offenbar gezielt auf den Gast gewartet hatten. An die 700 Kämpfer, melden später Nachrichtenagenturen, hätten Karzai und seinen Begleitern aufgelauert. Der spätere afghanische Präsident sei nur knapp entkommen.

Zehn Jahre danach enthüllen bislang unbekannte Geheimdienst-Informationen, dass es offenbar der deutsche Bundesnachrichtendienst (BND) war, der Karzai damals das Leben rettete.

Am 1. November, so geht es aus den Aufzeichnungen des BND hervor, hatten die Funkaufklärer des Geheimdienstes ein Gespräch mitgehört, das zwei Kommandeure von Taliban-Chef Mullah Omar miteinander führten. Einer der beiden gab dabei eine Weisung von Mullah Omar weiter, die sich auf Karzai bezog. Offenbar hatten die Taliban herausgefunden, wann Karzai in Oruzgan eintreffen wollte, sie kannten präzise seine Pläne.

Man möge mit dem „Freund der Amerikaner“ genauso verfahren „wie mit Abdul Haq“, sagte einer der beiden Taliban, das sei ein Befehl von Mullah Omar. Der Paschtune Abdul Haq, ein wichtiger Verbündeter der amerikanischen Regierung, war einige Tage zuvor ebenfalls nach Oruzgan gereist, um mit den Stammesfürsten zu verhandeln. Am 26. Oktober hatten ihn die Taliban gefangen genommen. Die amerikanische Luftwaffe war Abdul Haq zwar zu Hilfe geeilt und hatte Stellungen der Taliban bombardiert, konnte aber nicht verhindern, dass er öffentlich hingerichtet wurde.

Als die Auswerter des Bundesnachrichtendienstes in Pullach erkannten, welche Brisanz das abgehörte Gespräch vom 1. November 2001 hatte, informierten sie sofort die US-Armee. Sie hatte Karzai zwar seit Mitte Oktober 2001 Sicherheitsberater der Special Forces zur Seite gestellt, ahnte aber nichts von der Gefahr in den Bergen.

Der Alarm kam gerade noch rechtzeitig. Die Taliban hatten Karzais Kämpfer bereits unter Beschuss genommen, als amerikanische Kampfhubschrauber auftauchten, Karzai retteten und nach Karatschi ausflogen. Am nächsten Tag berichtete der damalige amerikanische Verteidigungsminister Donald Rumsfeld Reportern von der dramatischen Rettungsaktion, ohne allerdings den deutschen Anteil zu erwähnen.

Präsident Karzai (r.), Personenschützer
Alarm aus Pullach

Karzai selbst kaschierte die Hilfe des Westens mit einer Legende. Nicht die Amerikaner hätten ihm geholfen, sondern ein freundlicher Dorfbewohner, der ihn an jenem Tag vor dem geplanten Hinterhalt gewarnt habe. Daraufhin sei er mit seinen engsten Gefolgsleuten drei Tage zu Fuß durch die Berge geflohen, nur mit etwas Brot und grünem Tee als Proviant.

Holger Stark

REUTERS

Zerstörter Tankwagen bei Kunduz*: *Einem deutschen Oberst lastet ein Massaker unter afghanischen Zivilisten auf dem Gewissen*

Lektüre beeindruckt Schröder, der Widerstand in den Fraktionen auch. Für die Abstimmung über den deutschen Beitrag zu OEF beschließt er, die Vertrauensfrage zu stellen: „Es geht nicht anders. Ich lasse mir das Heft des Handelns nicht aus der Hand nehmen."

16. November
Reichstag, Plenarsaal, 12.30 Uhr:
Der Bundestag spricht mit 336 von 662 Stimmen Schröder das Vertrauen aus und ebnet den Weg für den ersten Kampfeinsatz der Bundeswehr außerhalb Europas. Schröder sagt: „Durch diesen Beitrag kommt das vereinte und souveräne Deutschland seiner gewachsenen Verantwortung in der Welt nach."

Nach der Abstimmung ruft Schröder Botschafter Ischinger in Washington an. Er will sicherstellen, dass dort etwas ankommt von seinem Mannesmut: „Wissen die bei Ihnen überhaupt, was ich hier gerade gemacht habe?" Ischinger: „Mir ist schon klar, Sie haben gerade das Mandat durchgesetzt." Schröder: „Das ist ja großartig, dass Sie das wissen, aber wissen die das auch im Weißen Haus?" Ischinger: „Ich habe verstanden, was Sie von mir erwarten. Ich mache mich auf die Socken."

Zehn Wochen später wird Schröder ein zweites Mal nach dem 11. September bei Bush in Washington zu Gast sein. Schon in der Tür bei der Begrüßung sagt Bush: „Gerhard, ich weiß genau, was du im November getan hast, sehr mutig."

27. November
Petersberg bei Bonn:
Deutschland ist Austragungsort einer großen Friedenskonferenz für Afghanistan. „Die Ausrichtung der Konferenz in Bonn reflektiert das breite Engagement Deutschlands", heißt es in einem Papier des AA, „aber auch unsere unparteiische Rolle gegenüber allen Beteiligten." Die Kosten des Aufbaus werden auf 6,5 Milliarden Dollar in fünf Jahren beziffert, „die größte internationale Aufbauhilfe nach dem Marshallplan".

Fischer eröffnet die Petersberg-Konferenz und sagt, die Uno habe Deutschland gebeten, Gastgeber zu sein. Ein Diplomat formuliert es anders: „Das war eine Fischer-Sache. Der wollte einen Überbau." Nach einem Fernschreiben der Botschaft Doha vom 19. November habe sich auch der Emir von Katar als „großzügiger Gastgeber" ins Spiel gebracht; die Uno dagegen habe „Wien oder Genf als Konferenzort" favorisiert. Fischer sagt, die Staatengemeinschaft habe „klare Erwartungen" an Afghanistan: „Dazu gehört an vorderster Stelle, den Frauen ihre Rechte und Würde zurückzugeben."

Die Bush-Regierung hat zwar mittlerweile zur Freude der Deutschen eingesehen, dass sie sich auch um die Zukunft Afghanistans nach dem Krieg kümmern muss. Sie zeigt aber keine Neigung, das Land zu einem neuen Musterstaat aufzubauen. „Nation Building" mit Soldaten wie im Kosovo hält Sicherheitsberaterin Condoleezza Rice für Unfug. Die Amerikaner wollen Bin Laden fangen, wo immer er steckt, und sie wollen sich rasch den nächsten angeblichen Terrornestern zuwenden. Man habe im Golfkrieg 1991 den „Fuß von Saddams Gurgel genommen", das werde den USA nicht noch mal passieren, hat Bushs Berater Khalilzad einem deutschen Diplomaten gesagt.

Die Deutschen haben auf dem Petersberg zunächst nur eine Gastgeberrolle, sie sitzen nicht am Tisch, an dem verschiedene afghanische Gruppierungen miteinander verhandeln, sondern kümmern sich um die Getränke. Aber sie werden vom Kellner zum Koch: Sie bieten ihre Dienste beim Wiederaufbau

Hoher Einsatz

Bilanz des deutschen Engagements in Afghanistan*

bisher eingesetzte Soldaten	über 98 000
Todesopfer	52
Verletzte	rund 200
Schwer traumatisierte Soldaten**	über 1800
Kosten von 2001 bis 2010	rund 4,8 Mrd. €

* im Rahmen der internationalen Schutztruppe Isaf
** in Behandlung wegen posttraumatischer Belastungsstörung
Quellen: BMVg, Bundestag

DER SPIEGEL

* Nach einem von Deutschen befohlenen Bombardement am 4. September 2009.

JAN GRARUP / NOOR / LAIF (L.); SYED JAN SABAWOON / PICTURE-ALLIANCE/ DPA (R.)

Bundeswehrsoldaten in Afghanistan, Isaf-Kräfte, Politiker Westerwelle, Merkel*: *Die Deutschen sind nicht in einen Krieg hineingezogen*

an, denn sie glauben: Je mehr sie die Amerikaner an Afghanistan binden, desto unwahrscheinlicher werden die nächsten Abenteuer. In der Innenpolitik dient die Konferenz der Bundesregierung als Symbol dafür, dass der Krieg einen höheren Sinn hat: Die Afghanen können ihr Land neu aufbauen, dank deutscher Hilfe.

Anfang Dezember
Berlin, Büro des Außenministers:
Fischer eröffnet dem deutschen Diplomaten Klaus-Peter Klaiber, dass er ihn als EU-Beauftragten für Afghanistan vorschlagen wird. Der Diplomat ist darüber kreuzunglücklich, daran ändern alle großen Worte des Ministers nichts. Er will auf seinen neuen Posten nach Australien, Frau und Sohn sind schon in Canberra. „Das ist doch der Wilde Westen im Osten“, sagt Klaiber. Fischer stellt ihm die Diplomatin Ursula Müller als Spezialistin für Frauenfragen zur Seite. Die Zukunft der Frauen in Afghanistan sei für die deutsche Öffentlichkeit „ganz entscheidend“.

5. Dezember
Petersberg bei Bonn, 9 Uhr:
Mit einem Hubschrauber des Bundesgrenzschutzes fliegen Schröder und Fischer von Köln/Wahn zur Vertragsunterzeichnung auf den Petersberg. Schröder durchzuckt angesichts der bunten Schar aus Afghanistan die Vorstellung, dass mancher Gast zu Hause sofort wieder zur Kalaschnikow greift. Aber er sagt: „Heute ist ein großer Tag für Afghanistan.“ Schröder verspricht deutsche Soldaten für die Friedensmission.

10. Dezember
Masira, Sultanat Oman:
Kompaniefeldwebel S. fliegt über Kreta und Luxor nach Oman. Er ist Elitesoldat des Kommandos Spezialkräfte. Es ist sein erster Kriegseinsatz. Deshalb nennen seine Kameraden und er sich „Task Force One“. 40 deutsche Kämpfer, sogenannte Shooter, und 60 Unterstützer, Fernmelder und Logistiker. Sie landen auf einer Luftwaffenbasis der Amerikaner auf der Insel Masira im Sultanat Oman. Willkommen sind sie nicht. In brütender Hitze bettelt S. bei den Amerikanern um Unterkünfte. Seine Männer trainieren mit den amerikanischen Soldaten. Aber nach ein paar Tagen ist klar: Oman ist das Abstellgleis. „In Oman können wir Däumchen drehen“, meldet der Kontingentführer nach Deutschland.

13. Dezember
Kabul, Kinderbildungsstätte Aschiana:
Als erstes deutsches Regierungsmitglied besucht Entwicklungsministerin Wieczorek-Zeul den designierten Regierungschef Karzai und eine Schule in Kabul, die nun auch wieder Mädchen besuchen dürfen. Dort bestellt sie den Mädchen die „herzlichsten Grüße der Kinder der Bundesrepublik“. Sie komme bald wieder. Die Welt werde die Augen von Afghanistan und seinen Frauen nicht mehr abwenden.

22. Dezember
Berlin, Reichstag:
Der Bundestag beschließt die Entsendung von maximal 1200 Soldaten nach Kabul für Isaf, „wobei wir davon ausgehen, dass wir nicht unbedingt alle brauchen“, sagt Schröder in der Debatte. Scharping ergänzt, man habe „auch hinsichtlich der Dauer des Einsatzes nicht den Ehrgeiz, die Obergrenze auszuschöpfen“ – die bei sechs Monaten liegt.

In der Opposition regt sich Skepsis. Von einem „diffusen Mandat“ spricht Roland Claus von der PDS.

Die Abgeordneten stimmen mit 538 Ja- und 35 Nein-Stimmen für den Einsatz. Nach der Stimmabgabe leert sich das Plenum schnell. Er wünsche „denjenigen, die jetzt fluchtartig das Haus verlassen, ein frohes Weihnachtsfest“, ruft Bundestagspräsident Wolfgang Thierse in den Saal. Der Grüne Winfried Nachtwei schreibt in sein Tagebuch: „Ziemliche Lustlosigkeit, angefangen beim Kanzler. Danach Flucht in die Weihnachtspause.“

Das Mandat umfasst Kabul und den Flughafen der Stadt. Kujat hat Wert darauf gelegt, dass die Truppe robust ist. „Es kann nicht sein, dass wir da nur Telefonhäuschen bewachen“, sagt er einem Vertrauten.

Klaiber ist seit einigen Tagen in Kabul. Es ist so trostlos wie angenommen. Die Menschen seien mitnichten euphorisch, sondern „pragmatisch“, berichtet er. Und ihm schwant: „Diese Präsenz wird längerfristig notwendig sein.“

1. Januar 2002
Kandahar, nach Mitternacht:
In der Silvesternacht fliegen 100 deutsche Soldaten nach Kandahar im Süden Afghanistans. Die Verantwortlichen in Deutschland werden später behaupten, das KSK habe damit auf eine Bitte der Amerikaner reagiert. Davon spüren die deutschen Elitekämpfer nichts. Erst nach zähen Verhandlungen waren die amerikanischen Kameraden bereit, die 100 deutschen Soldaten ins Einsatzland zu bringen. Jetzt sitzt Feldwebel S. schwitzend auf dem Boden einer C-130 „Her-

* Mitte: am Tatort eines Selbstmordattentats, bei dem am 14. November 2005 in Kabul ein Bundeswehrsoldat getötet wurde; rechts: bei Trauerfeier für getötete deutsche Soldaten im April 2010.

REUTERS

worden

cules“, eingequetscht zwischen seinen Männern. Nachts landen sie zwischen zerbombten russischen Hubschraubern und Flugzeugen. Die Männer vom KSK sind die ersten deutschen Soldaten auf afghanischem Grund. Deutschland ist nun dabei und bleibt dabei.

26 deutsche Isaf-Kontingente mit insgesamt mehr als 98 000 Soldaten haben sich inzwischen in Afghanistan abgewechselt. Bald werden alle abgezogen sein, mehr oder weniger unverrichteter Dinge.

Bis heute.

Was bleibt, zehn Jahre nach dem Tag, mit dem alles begann? Die uneingeschränkte Solidarität, von vornherein übertrieben, hat sich erledigt. Die USA haben ihren Feind Osama Bin Laden erschossen, im Nachbarland Pakistan. Ironie der Geschichte.

Die brutale Herrschaft der Taliban wurde zwar beendet, aber Afghanistan ist nicht das Land geworden, das sich der Westen erträumt hatte: In vielen Landesteilen tobt der Krieg, und in Kabul herrscht ein korruptes Regime. Die Taliban bauen ihren Einfluss wieder aus. Das ist ein Ergebnis, mit dem alle leben müssen, die sich beteiligt haben. Der Misserfolg hat viele Väter.

Aber Erfolg bemisst sich nicht nur absolut. Er bemisst sich auch relativ. Die USA haben Afghanistan wenig versprochen. „Nation building“ war nicht ihre Mission, sie orientierten sich rasch nach dem Sieg Richtung Irak. Auch die Vereinten Nationen strebten nur einen „leichten Fußabdruck“ an.

Die Deutschen dagegen haben viel versprochen: Frieden, Frauenrechte, Demokratie. Ein Land wiederaufzubauen, das war vor allem eine deutsche Mission. Niemand hat sich so verrannt im humanitären Übereifer wie die Deutschen. Relativ hat Deutschland am meisten versprochen und ist also am deutlichsten gescheitert.

Dennoch hat der Norden Afghanistans von der deutschen Mission profitiert: ein wenig Stabilität, ein wenig Alltag mit Lernen, Geschäfte machen, Äcker bestellen.

Aber Aufwand und Ertrag stehen in keinem vertretbaren Verhältnis. Deutschlands Landesverteidigung am Hindukusch, wie sie Struck ausgerufen hat, war nicht nötig und hat auch nicht stattgefunden.

Deutschland, im September 2011:

Harald Kujat hat sich in einem entlegenen Winkel nahe Neuruppin zur Ruhe gesetzt und züchtet Pferde. Er ist zwischenzeitlich Vorsitzender des Nato-Militärausschusses gewesen, drei Jahre lang oberster Nato-Soldat in Brüssel.

Fehler? „Der entscheidende Fehler auf deutscher Seite ist, dass wir Afghanistan zu einem deutschen Verteidigungsfall erklärt haben. Das ist der Schlüssel“, sagt Kujat. Er sei später oft in Afghanistan gewesen und habe die politische Entwicklung mit Sorge gesehen. „Wie soll das werden?“, habe er sich mehrfach gefragt.

Michael Steiner, der einstige Berater Schröders, hat die Sache im Unterschied zu Kujat nicht hinter sich. Er ist Afghanistan-Beauftragter der Regierung Merkel, er wickelt gewissermaßen im Auswärtigen Amt die Causa Afghanistan operativ ab. Regelmäßig erstattet er im Kanzleramt Bericht. Er verhandelt inzwischen an geheimen Orten in Deutschland mit gemäßigten Taliban.

Steiner sagt: „Wir hatten uns mit einer fast schon arroganten Unbescheidenheit, mit unangemessenen Mitteln unrealistische Ziele gesetzt und unerfüllbare Erwartungen geweckt. Wir brauchten fast ein Jahrzehnt, die nötige Demut vor der Realität zu erlernen. Aber das haben wir jetzt getan.“

Frank-Walter Steinmeier war zwischendurch Außenminister, ist jetzt Fraktionsvorsitzender der SPD. Es sei sicherlich „zu anspruchsvoll“ gewesen, was man sich und für Afghanistan versprochen hatte. Deshalb habe man das Ziel korrigiert: „Die Musterdemokratie nach westeuropäischem Modell ist ja schon seit Jahren nicht mehr das propagierte Ziel“, sagt er. „Eine realistische Hilfestellung um Sicherheit, Achtung von Menschenrechten und Respektierung von Wahlergebnissen zu erreichen, das war schon schwierig genug.“ Zudem müsse man sich fragen: „Wo stünden wir, wenn wir uns da rausgehalten hätten?“

Der frühere Bundesinnenminister Otto Schily sagt: „Wir sind da in einen Konflikt geraten, der manchen Fehler zwangsläufig entstehen lässt.“ Wenn man ein Dorf bombardiere, um einen Terroristen zu töten, „dann haben Sie einen Terroristen getötet und hundert neue geschaffen“.

Er schweigt eine Weile, sagt dann: „Meine Skepsis, was Afghanistan angeht, ist sehr gewachsen. Das gebe ich zu.“

Von Otto Schilys Kanzlei am Berliner Gendarmenmarkt aus kann man das Büro von Joschka Fischer sehen. Fischer ist jetzt Berater. „Unsere Entscheidungen damals waren richtig“, sagt Fischer. „Das sage ich nicht im Eindruck dessen, was in den Jahren danach folgte, sondern im Lichte der Situation des 11. September.“ Die Unterscheidung ist ihm wichtig.

Gerhard Schröder hat ein neues Büro in Hannover bezogen. Er sagt, er hätte nicht damit gerechnet, zehn Jahre später noch über einen laufenden Afghanistan-Einsatz reden zu müssen. Drei bis fünf Jahre, das war seine Erwartung. Ob er noch eine Vorstellung davon habe, was man dort wolle? „Schwierige Frage“, sagt er. Die Grundlage seiner Entscheidung sei die Bündnissolidarität gewesen. Er habe nie gesagt, die Freiheit des Westens werde dort verteidigt.

Schröder findet nicht, dass sein Sicherheitsberater Steiner recht hatte mit der Warnung vor unbegrenzter Solidarität.

Aber er findet inzwischen, dass Johannes Rau ein gutes Gespür gehabt habe, damals vor zehn Jahren.

Ralf Beste, Ulrike Demmer, Christoph Hickmann, Marc Hujer, Christoph Schwennicke, Holger Stark, Rainer Staudhammer, Klaus Wiegrefe

Im nächsten Heft: **11. September (3):** Wie die Konservativen Amerikas Muslimen den Krieg erklärten